

## Wider der Menschenfeindlichkeit

**AUSSTELLUNG** Im evangelischen Dekanat hängen Porträts von Opfern rechter Gewalt

Von  
Ingeborg Toth

**WIESBADEN.** Sie wurden erschlagen, erstochen oder erschossen: Seit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wurden 149 Opfer rechter Gewalt gezählt. Ihre Porträts sind jetzt in den Fluren des Evangelischen Dekanats an der Marktkirche zu sehen.

Der evangelische Stadtdekan Wolfgang Mencke stellte bei der Eröffnung der Ausstellung fest: „Gewalt von rechts gibt es wieder. Die Ausstellung hält uns einen Spiegel vor, der uns erschreckt.“ Die kurzen Texte unter den Porträtfotos der Opfer seien ebenso „nüchtern wie erschütternd“.

Oberbürgermeister Helmut Müller (CDU) erklärte, in dieser Stadt sei man sich weitgehend einig darüber, wachsam zu sein. Er stellte jedoch die Frage, ob Rechtsradikalismus in allen Ausprägungen zu erkennen: „Wir brauchen die ständige Auseinandersetzung mit dem Thema.“

### Blamage für Behörden

Von den Morden des so genannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) erfuhr die bundesdeutsche Öffentlichkeit im November vergangenen Jahres. Die Taten erschütterten. Dann entstand eine Liste, die fassungslos macht. Nicht die Strafverfolgungsbehörden und die Gerichte haben sie aufgestellt, sondern Journalisten, die Straftaten auf ihren wahren Hintergrund untersucht haben.

Nur 63 der Toten, die mit der Ausstellung vor dem Vergessen bewahrt werden, sind bisher von den Behörden offiziell als



Gerlinde Schroer-Petry, OB Helmut Müller, Heidemarie Wiczorek-Zeul und Dekan Martin Mencke (v.l.n.r.) betrachten einige Porträts der Ausstellung im Haus an der Marktkirche.

Foto: RMB/Friedrich Windolf

Opfer rechter Gewalt anerkannt.

„Der Kampf gegen Rechtsextremismus erfordert unser aller Engagement“, erklärte die Ex-Bundesministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul (SPD). Sie nannte es „eine Blamage für die Sicherheitsbehörden“ die ein Jahrzehnt damit vertan hätten, bei der Aufklärung der sogenannten „Döner-Morde“ Phantomen nachzujagen.

Nachdem im November des Jahres 2011 die rechtsextremistisch-rassistische Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds aufgedeckt worden sei, habe sich die gesellschaftliche Debatte der folgenden Monate auf das Versagen von Polizei und Verfassungsschutz konzent-

riert. Die Ex-Bundesministerin: „Es gab kaum eine Diskussion über den politischen Hintergrund der NSU-Täter und ihre Unterstützer.“ Selbst die Diskussion über ein Verbot der NPD

als „legaler politischer Arm nationalsozialistischer Ideologie“ werde nach wie vor nur verhalten geführt. Wiczorek-Zeul spricht sich klar für ein Verbot dieser Partei aus.

### OPFER RECHTER GEWALT

► Die Ausstellung kam zustande, weil Journalisten Hunderte von Lokalzeitungsartikeln und Gerichtsurteile sichteten, monatelang Opferberatungsstellen und Hinterbliebene, Anwälte und Strafverfolger interviewten. Gerichtsurteile waren zu analysieren, um die wirkliche Motivation der Täter herauszufinden. Wie die Texte unter den Porträtfotos ausweisen: Die extrem Rechten töte-

ten, weil sie Menschen begegnen, für die in ihrem Weltbild kein Platz war. Andere wurden Opfer, weil sie den Mut hatten, Naziparolen zu widersprechen oder Angegriffenen beistehen wollten.

► Die Ausstellung „Opfer rechter Gewalt seit 1990 in Deutschland“ ist noch bis zum 16. September im Haus an der Marktkirche zu sehen.

Die erschreckenden Taten mit rechtsextremem Hintergrund hätten inzwischen viele engagierte Bürgerinnen und Bürger mobilisiert, „die sich dieser Menschenfeindlichkeit entgegenstellen“, freut sich die Ex-Ministerin bei der Ausstellungseröffnung.

Seit November vergangenen Jahres hätten sich viele Initiativen, Stiftungen, Bürgeraktionen, Gruppen und Grüppchen neu gegen Rechts zusammengefunden. Sie kämen dieser Verpflichtung offenbar besser nach als die staatliche Gewalt. „Sie informieren über das Innere der Naziszene kompetenter als Verfassungsschutzbehörden“, befand Heidemarie Wiczorek-Zeul.